

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



Schwerpunktt Themen der Sitzungswoche des Europäischen Parlaments Straßburg, Mai 2011

Diskussion um den Schengenraum

Erklärungen von Kommission und Rat

mit Resolution

Debatte am Dienstag, 10. Mai

Abstimmung am Mittwoch, 11. Mai

Ska Keller

Büro +33 3 881 75379

Hintergrund: Wegen des Streits um Aufenthaltsgenehmigungen, die Italien tunesischen MigrantInnen erteilt hat, möchte die Kommission die Entscheidung über temporäre Wiedereinführung von Grenzkontrollen stärker auf die Europäische Ebene ziehen. Zudem will sie den Visa-Kodex dahingehend überarbeiten, dass Visaabkommen mit Drittstaaten außer Kraft gesetzt werden können.

Grüne Position: Die Grünen teilen den Ansatz, diese Entscheidung auf Gemeinschaftsebene zu treffen. Das darf aber nicht dazu führen, dass in einem Wettbewerb zwischen Kommission und Mitgliedsstaaten immer öfter Grenzkontrollen wieder eingeführt werden. Die Kriterien für ein Aussetzen von Schengen müssen glasklar sein - bis jetzt sind sie das nicht. Der Schengener Freiraum ist ein Grundpfeiler der EU und darf auf keinen Fall eingeschränkt werden. Die Grünen sehen auch nicht, wie die Begrenzung von Schengen eine Antwort auf die Probleme in Italien darstellen soll. Die Einschränkung der Visaabkommen lehnen die Grünen ebenfalls ab. Es ist auch schwer vorstellbar, dass sich Partnerländer darauf einlassen würden.

Transparenzregister zur Kontrolle von Lobbyisten

Bericht Carlo Casini (EVP, Italien)

"Interinstitutionelle Vereinbarung zwischen Parlament und Kommission über ein gemeinsames Transparenzregister"

Interinstitutionelle Vereinbarung

Debatte am Dienstag, 10. Mai

Abstimmung am Mittwoch, 11. Mai

Hintergrund: Brüssel verschärft die Regeln für Lobbyisten. Mit einem gemeinsamen Transparenzregister wollen die EU-Kommission und das Europaparlament dafür sorgen, dass Interessenpolitik in der EU transparenter wird. Lobbyisten und Interessensvertreter müssen sich künftig in einem öffentlichen Register eintragen, sonst bekommen sie keinen Zugangsausweis mehr zum Parlament. Der Einflussnahme auf Abgeordnete und Kommissionsvertreter im Hinterzimmer soll so ein Riegel vorgeschoben werden.

Grüne Position: Der Korruptionsskandal im Europaparlament hat gezeigt, wie dringend die Regeln gegen Lobbyismus und die Bestechung von Abgeordneten verschärft werden müssen. Das Transparenzregister ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Damit es wirklich hilft, Korruptionsskandale in der EU zu vermeiden, muss aber mehr passieren. Mit der Kopplung der EP-Zugangsausweise an die Eintragung ins Register haben EP und Kommission zwar die Anreize dafür erhöht, dass sich Lobbyisten tatsächlich in das Register eintragen. Sie sind aber nach wie vor nicht dazu verpflichtet. Die Grünen fordern deshalb, dass die Registrierung spätestens bei der

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Gerald Häfner MdEP

Büro +33 3 881 75372

nächsten Überarbeitung für alle verpflichtend wird. Die Grünen fordern außerdem, dass Lobbyisten genau angeben, von wem sie wie viel Geld für ihre Arbeit bekommen - und diese Angaben müssen regelmäßig überprüft werden. Darüber hinaus setzt sich die Grüne Europafraktion dafür ein, dass auch der Verhaltenskodex für Abgeordnete überarbeitet wird.

Europäische Außen- und Sicherheitspolitik (1)

Bericht Roberto Gualtieri (S&D, Italien)

"Entwicklung der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon"

Initiativbericht

Debatte und Abstimmung am Mittwoch, 11.05.

Reinhard Bütikofer MdEP
+33 3 881 75816

Hintergrund: Gegenstand des Berichts sind die Auswirkungen des Lissabon-Vertrags auf die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Der Bericht beurteilt die Reichweite der GSVP nach Inkrafttreten von Lissabon kritisch und als unzureichend. Bezüglich Libyens werden die fehlenden gemeinsamen Positionen der Mitgliedsstaaten angemahnt und ein erweitertes Mandat für eine mögliche zukünftige GSVP-Mission gefordert, die über humanitäre Unterstützung hinaus gehen soll. Ein Konfliktpunkt in der Beratung war die Forderung des Berichterstatters nach der Einsetzbarkeit der so genannten "Battle Groups" auch für Naturkatastrophen.

Grüne Position: Es ist den Grünen gelungen, 21 der 29 Änderungsanträge in den Bericht einzubringen. Erstmals seit längerem wird das wiederholt formulierte Ziel einer umfassenden "strategischen Autonomie" der GSVP zugunsten einer realistischeren Perspektive modifiziert. Außerdem ist ein Grüner Paragraph zur Abrüstung und Nichtverbreitung von Kernwaffen eingebracht, der auch explizit Landminen, Streubomben und Nuklearwaffen erwähnt. Als weiterer Erfolg ist die Erwähnung der strikten Einhaltung von Menschenrechten in Bezug auf Terrorismusbekämpfung zu verbuchen sowie die Annahme eines Absatzes zur Umsetzung der UN Resolution 1325 zu Frauen und Sicherheit. Im Plenum werden die Grünen vor allem für Streichungen sein: 1. Des ausführlichen Verweises auf die Terrorismusbekämpfung durch das US Department for Homeland Security 2. Der Nutzung der Battle Groups für Katastrophenschutz 3. Der Rüstungsforschung finanziert durch das EU-Budget. Insgesamt empfiehlt der Grüne Schattenberichterstatter trotzdem Zustimmung.

Europäische Außen- und Sicherheitspolitik (2)

Bericht Gabriele Albertini (EVP, Italien)

Hintergrund: Im Berichtsentwurf für den Jahresbericht zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) fordert das Parlament eine kohärentere, strategischere und ambitioniertere EU-Außenpolitik und bessere parlamentarische Kontrolle der GASP. Die EU-Außenbeauftragte und die Mitgliedstaaten werden aufgerufen, das Synergiepotential zwischen Europäischer und nationaler Ebene

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



"Jahresbericht des Rates an das Europäische Parlament über die Hauptaspekte und grundlegenden Optionen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) im Jahr 2009"

Initiativbericht

Debatte und Abstimmung
am Mittwoch, 11.05.

Franziska Brantner MdEP
Büro +33 3 881 75354

voll auszuschöpfen und mehr gemeinsames Handeln zu ermöglichen. Zudem sollen zivile und militärische Instrumente enger verknüpft werden.

Grüne Position: Die Grünen konnten auf Ausschussebene durchsetzen, dass der Bericht einen Schwerpunkt auf verbesserte Kohärenz und Koordinierung über Politikfelder hinweg legt und sich gegen eine Duplizierung von zivilem Krisenmanagement durch die NATO ausspricht. Eine deutlichere Sprache hätten sich die Grünen dagegen zur Rolle der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton gewünscht. Eine Mehrheit im Ausschuss lehnte es jedoch ab, Ashton aufzufordern, im Einklang mit ihrem Mandat in den EU-Verträgen mehr Führungswillen und Initiativbereitschaft zu zeigen. Kritisch ist aus Grüner Sicht zudem, dass in dem Entwurf die Grenzen zwischen militärischen und zivilen Instrumenten verwischt werden. Grüne Änderungsanträge im Plenum: Die Forderung, Konfliktprävention und Mediation zu stärken, das Ungleichgewicht zwischen militärischen und zivilen Krisenmanagement-Ressourcen durch das verstärkte Rekrutieren ziviler Experten abzubauen sowie die Transparenz des GASP-Budgets zu erhöhen. Zudem verlangen die Grünen, dass sich das Parlament für Sanktionen gegen das Regime des syrischen Machthabers Baschar al-Assad ausspricht.

Neuartige Lebensmittel

Erklärung des Vorsitzenden der
Delegation des Europäischen
Parlaments im
Vermittlungsausschuss

Dienstag, 10.05.

Martin Häusling MdEP
Büro +33 3 881 75820

Hintergrund und Grüne Position: Der Vorsitzende der Delegation des EU-Parlaments im Vermittlungsausschuss wird im Plenum zu den gescheiterten Verhandlungen zwischen EU-Parlament und EU-Rat bei neuartigen Lebensmitteln sprechen. Trotz des Zugeständnisses des Parlaments, statt der ursprünglichen Forderung nach dem Verbot von Nahrungsmitteln von Klonnachkommen einer Kennzeichnung zuzustimmen, scheute der Rat den Kompromiss. Im Interesse des Verbraucherschutzes konnte das Parlament keine weiteren Kompromisse eingehen, sonst wäre nicht mehr nachvollziehbar, ob Lebensmittel von Klonnachkommen stammen. So wird die alte, unzureichende Verordnung von 1997 weiter gelten, so dass Klonfleisch weiter ungekennzeichnet vertrieben werden kann. Die Mehrheit des Rats, so auch Deutschland, hat sich dem Druck der Kommission gebeugt, die auf "internationale Handelspartner" verweist. Auch den Interessen der Bauern, die nach konventionellen Züchtungsmethoden produzieren, wird die alte Regelung nicht gerecht; stattdessen werden die Interessen von Drittstaaten wie den USA bedient, ihr Fleisch ungekennzeichnet auf dem EU-Markt zu vertreiben. Die Interessen der Bürger, die sich aus ethischen Gründen und aus Gründen des Tierschutzes klar gegen Lebensmittel von geklonten Tieren und deren Nachkommen aussprechen, vertritt der Rat nicht. Es bleibt abzuwarten, wann die Kommission nun einen

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



| | |
|---|---|
| | neuen Vorschlag zu neuartigen Lebensmitteln vorlegt. |
| Freihandelsabkommen EU-Indien Mündliche Anfrage an die Kommission mit Resolution Debatte am Montag, 09.05. Abstimmung am Dienstag, 10.05. Ska Keller MdEP Büro +33 3 881 75379 | <p>Hintergrund: Seit 2007 verhandeln die EU und Indien ein Freihandelsabkommen, was dieses Jahr abgeschlossen werden soll. Bisher gewährte die EU durch das Allgemeine Präferenzsystem einseitige Handelserleichterungen für Indien. Das Freihandelsabkommen würde nun eine umfassende Liberalisierung von Waren und Dienstleistungen, inklusive Investitionen und des Beschaffungswesens, mit sich bringen. Das Parlament wird in einer Resolution seinen Standpunkt zum Abkommen deutlich machen. Mit Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags muss das EP am Ende der Verhandlungen dem Abkommen zustimmen.</p> <p>Grüne Position: Bei dem geplanten Abkommen gibt es weitreichende Bedenken. Indien ist der weltweit größte Generikaproduzent mit einem Anteil von über 80% der globalen Produktion. Viele Entwicklungsländer sind beim Kampf gegen Krankheiten wie HIV/AIDS auf günstige Medikamente angewiesen. Die EU-Kommission drängt Indien zur Übernahme der so genannten "Datenexklusivität" in seine Gesetzgebung. Dies würde die Produktion von Generika erheblich erschweren und Millionen von Menschen in Entwicklungsländern vom Zugang zu erschwinglichen Medikamenten ausschließen. Die Grünen kritisieren auch die weitreichenden Liberalisierungsbestrebungen der Kommission, die erhebliche Konsequenzen vor allem für Indiens arme Bevölkerung (drei Viertel der Bevölkerung), KleinbäuerInnen und im informellen Sektor arbeitende Menschen, hätte. Negative Auswirkungen sind auch für Europa zu erwarten. So würde beispielsweise das geplante "investor-to-state dispute settlement" indischen Firmen ermöglichen, europäische Regierungen vor internationalen Schiedsgerichten zu verklagen. Somit besteht die Gefahr, dass soziale oder ökologische Regulierungen in Europa erodieren.</p> |
| Europäische Schuldenkrise Erklärungen von Kommission und Rat Mittwoch, 11. Mai Sven Giegold MdEP | <p>Hintergrund: Mit Portugal hat gerade der dritte EU-Mitgliedsstaat finanzielle Hilfe aus dem EU-Rettungsschirm beantragt. Gleichzeitig verhandelt das europäische Parlament im Trilog über das Gesetzespaket (sechs Berichte) zur Europäischen Wirtschaftsregierung. Das Paket soll den Stabilitäts- und Wachstumspakt reformieren und damit eine Antwort auf die Krisensituation liefern.</p> |

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



Büro +33 3 881 75369

Grüne Position: Die im Ausschuss verabschiedeten Berichte werden aus Sicht der Grünen den komplexen Ursachen der Eurokrise nicht gerecht. Sie konzentrieren sich auf Regeln und Sanktionen für notwendigen Schuldenabbau. Investitionen um die EU-2020-Ziele zu erreichen, drohen jedoch den Sparanstrengungen zum Opfer zu fallen. Aus Grüner Sicht sind jedoch Investitionen in Schlüsselbereiche wie Bildung und Forschung dringend notwendig, um diese Ziele zu verwirklichen. Deshalb sollten sie einen verbindlichen Charakter wie die Defizitkriterien erhalten.

Nukleare Sicherheit: 25 Jahre nach Tschernobyl

Mündliche Anfrage an die Kommission

Dienstag, 10. Mai

Rebecca Harms MdEP
+33 3 881 75695

Hintergrund: Auch ein Vierteljahrhundert nach der Katastrophe von Tschernobyl leiden noch tausende von Menschen unter den Folgen des Atomunfalls und die Aufräumarbeiten in der Zone um das Atomkraftwerk sind längst nicht abgeschlossen. Zu diesem traurigen Jubiläum hat uns die Katastrophe von Fukushima die Unbeherrschbarkeit der Atomkraft noch einmal erschreckend vor Augen geführt. Zugleich drang in dieser Woche durch, dass die vollmundigen Versprechungen von Energiekommissar Oettinger zu Stresstests für Atomkraftwerke nicht in Taten umgemünzt werden sollen.

Grüne Position: Zu Tschernobyl muss die EU-Kommission eine ehrliche Bilanz aller Schwierigkeiten und noch offenen Herausforderungen vorlegen. Das darf nicht nur die technische, sondern muss auch die menschliche Dimension mit einschließen. Es muss eine überzeugende Planung für die weiteren unverzichtbaren Aufräumarbeiten vorgelegt werden. Die Stresstests für Atomkraftwerke sollen nach derzeitigem Stand nur noch die Belastbarkeit bei Naturkatastrophen überprüfen. Technische Mängel, bisherige Störfälle oder die Gefahren, die von terroristischen Anschlägen ausgehen, sollen dagegen nicht berücksichtigt werden. Aus Grüner Sicht ist das inakzeptabel - weder die Mitgliedsstaaten noch Kommissar Oettinger scheinen aus Fukushima gelernt zu haben.

Kultur- und Kreativindustrien

Bericht Marie-Thérèse Sanchez-Schmid (EVP, FR)

"Erschließung des Potenzials der Kultur- und

Hintergrund: Die Kultur- und Kreativindustrien (KKIs) leisten einen Beitrag zur Beschäftigung und zum Wachstum (2,6% des BIP in der EU) sowie zur sozialen und kulturellen Integration der Bürger und zur Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt. Mit der Veröffentlichung dieses Grünbuchs möchte die Kommission das Potential der KKIs hinsichtlich wichtiger Herausforderungen wie z.B. der Strategie „Europa 2020“, der damit verbundenen „Innovationsunion“ oder der „Digitalen Agenda für Europa“ entfalten.

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



Kreativindustrien"

Initiativbericht

Debatte und Abstimmung
am Donnerstag, 12.05.

Helga Trüpel MdEP

Büro +33 3 881 75140

Aus Grüner Sicht: Die Grünen begrüßen sehr, dass die wichtige Rolle der KKI anerkannt wird, die Bemühungen der Kommission zu ihrer Förderung müssen aber noch weiter verstärkt werden. Daher die Aufforderung, günstigere Rahmenbedingungen für Kultur und Kreativität zu schaffen und die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und den Institutionen zu unterstützen. Zudem soll die künstlerische und kulturelle Bildung in allen Altersstufen, aber auch die unternehmerische Kompetenz von Kreativschaffenden gestärkt werden. Weitere Vorschläge: Einführung neuer Pilotprojekte im Rahmen des Programms ERASMUS und ERASMUS für Jungunternehmer, um die Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Unternehmen in der Kreativwirtschaft zu verbessern. Die Grünen unterstützen auch die Forderung, für europäische Künstler einen eigenen Status zu schaffen, damit sich ihre Rahmenbedingungen in den Bereichen Steuern, Arbeitsrecht, Sozialschutz und Urheberrecht verbessern. Ferner soll der Kultursektor einen erleichterten Kreditzugang bekommen und von Mikrofinanzierungen für innovative Projekte profitieren. Der Bericht betont, dass im Offline- und Online-Umfeld das geistige Eigentum durchgesetzt werden soll, neue Lizenzierungsmodelle gefördert und die Rolle der Verwertungsgesellschaften gestärkt werden müssen. Die Grünen fordern zuletzt auch einen verbindlichen rechtlichen Rahmen, der diskriminierende Hindernisse für den Zugang von Personen mit Behinderungen zu Kulturgütern beseitigt.

Mit den besten Grüßen,

Helmut Weixler

Pressesprecher
Fraktion Die Grünen/EFA
Mobil: +32 475-67 13 40
E-Mail: Helmut.Weixler@europarl.europa.eu

Paul Maximilian Alex

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Europagruppe GRÜNE
Mobil: +32 495 40 23 28
E-Mail: paulmaximilian.alex@europarl.europa.eu